

den Einwand von sozialdemokratischer Seite, daß die Untersuchung von Beamten geführt sei, die alle mitangeklagt sind, und daher nicht genüge, erwiderte der Staatssekretär: Es ist nichts versäumt und alles aufs gewissenhafteste nachgeprüft worden. Glaubt uns der Abgeordnete Severing nicht, dann soll er seine Behauptungen außerhalb dieses Hauses wiederholen, damit der Wahrheitsbeweis vor Gericht geliefert werden kann. Die Redner der bürgerlichen Parteien bezeichneten einstimmig die Angelegenheit durch den gebotenen Nachweis für den Reichstag als erledigt.

Sachsen zu den Schiffsabgaben.
Zu der vom „Schwäbischen Merkur“ verbreiteten Nachricht über die in Sachen der Schiffsabgaben in Berlin abgehaltenen kommissarischen Verhandlungen wird von berufener Dresdener Stelle mitgeteilt, daß daran auch sächsische Vertreter unbefehdet des sonst einmütigen prinzipiellen Standpunktes teilgenommen haben. Der Verlauf werde auch in Dresden insoweit als befriedigend bezeichnet, als ein wesentlich größeres Verständnis für die Schwierigkeit der Durchführung des ganzen Gesetzentwurfs und für die Größe der Sachsen drohenden Schäden auch in Berlin Platz zu greifen scheine. Ob es freilich gelingen werde, die Vorlage so zu gestalten, daß Sachsen ihr werde zustimmen können, sei noch nicht abzusehen.

Zur Brüsseler Weltausstellung wird, wie der „B. V. A.“ erfährt, die Regierung zwei Parfival-Ballons entfenden. Beide Ballons sollen an den in Brüssel während der Weltausstellung geplanten Wettfliegen teilnehmen.

Deutsche Kolonien.

Gouverneur von Schumann war bei seinem Abschied von Windhuk der Gegenstand herzlicher Kundgebungen der Kolonisten. Man bildete Spalier, und auf den Bergen wurden prächtige Feuer entzündet.

Frankreich.

Ultimatum Frankreichs an Mulay Hafid. Wie es scheint, ist die französische Regierung nicht gewillt, sich noch länger von Mulay Hafid hinhalten zu lassen, denn sie hat an ihn eine energische Aufforderung in Form eines Ultimatums gerichtet, nunmehr endlich eine Antwort in der Anleihe-Angelegenheit zu geben. Die französische Note wird in einigen Tagen in Fez eintreffen. Wenn auch diese letzte Aufforderung nichts Fruchtbares sollte, so wird der Minister des Aeußeren den Algeiras-Mächten bekannt geben, daß sich Frankreich gezwungen sehe, zu Zwangsmaßnahmen gegen den Sultan zu schreiten. Zunächst würden dann die Zollkassen von Casablanca mit Beschlag belegt werden. Man hofft indessen in den Pariser maßgebenden Kreisen noch immer, daß Mulay Hafid sich schließlich doch zu einer Antwort verstehen werde, deren Eintreffen in Paris Anfang März erwartet wird. Natürlich würde Frankreich vorher die französische Kolonie in Fez in Sicherheit bringen.

Holland.

Haag, 18. Februar. Von einer Seite, welche keinerlei Zweifel übrig läßt, ist der „Nieuwe Courant“ ermächtigt, die neuerdings aufgestellte Behauptung daß die Königin-Mutter den angeblichen Brief eines auswärtigen Monarchen erhalten habe, von welchem in den letzten Tagen die Rede war, aufs Bündigste für unwahr zu erklären.

England.

Die Lage in England. Die Tage des liberalen Ministeriums Asquith scheinen gezählt zu sein. Der Premierminister hat trotz aller Bemühungen vom Könige die Ermächtigung zur Einschränkung des Vetorechts des Oberhauses nicht erhalten können. Jedoch Sozialisten aber versagen dem Kabinett ihre Unterstützung, wenn es nicht sofort, unter Entlastung des Budgets durch eine Anleihe, den Kampf gegen die Lords beginnt. Ohne die genannten Parteien ist die numerische Ueberlegenheit der Liberalen, die 274 Abgeordnete gegen 273 Konservative zählen.

Afrika.

In Abessinien ist, wie schon des öfteren klargestellt, mit dem Verfall der Macht des todkranken Kaisers die gute Zeit für die Deutschen dahin. Jetzt wurde auch der Leibarzt Menelik, Dr. Steinfühler, von der zurzeit allmächtigen Kaiserin ausgewiesen. Die Anweisungen Dr. Steinfühlers zur Behandlung des kranken Monarchen waren in letzter Zeit garnicht mehr befolgt worden.

China.

Die Reuterei. Nach einer Depesche des „Newyork Herald“ aus Canton sind die Reuterei durch die Regierungstruppen in die Berge 15 Meilen östlich von Canton getrieben worden. Die Reuterei haben auf dem Wege dorthin alle Dörfer verbrannt und geplündert. Auch die Eisenbahnstation in der Nähe von Wampoa wurde in Brand gesteckt. Man glaubt, daß die Reuterei nur noch wenig Munition besigen. Die kaiserlichen Truppen unter Admiral Li haben die Oberhand. Der japanische Truppeninstrukteur wird Canton verlassen und am heutigen Sonnabend über Shanghai nach Japan zurückkehren.

Lokale und sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 18. Februar. Bei der im hiesigen Amtsgerichte heute angefallenen Zwangsversteigerung der Tafelglasfabrik Firma Bödh u. Barth & Co. m. b. H. Weitersglashütte wurde das Höfthgebodt von den Carlsefelder Glashütten-Werken in Carlsefeld abgegeben, welche gutem Vernehmen nach beabsichtigen, die zum Erliegen gekommene Weitersglashütte Fabrik wieder in Betrieb zu setzen und mit den Carlsefelder Werken zu verschmelzen.

Eibenstock, 19. Februar. Eine Diebesbande suchte am Mittwochabend unsere Stadt heim. Aus dem Hausflur wurde Herr Schumachermeister

Schuldes eine eben erst angelommene Kiste Schuhcreme gestohlen und dem Konsumverein, dem ebenfalls ein Besuch abgestattet wurde, entwendete man eine Kiste Schokolade. Um den Raub nun besser fortzuschaffen zu können, hieß man noch den Kobelschlitten der Witwe Händel mitgehen. Als am gleichen Abend ein hiesiger junger Kaufmann die Schönefelder Straße hinaus ging, sah er bei dem vorigen Jahr abgebrannten sogenannten „Stechhause“ einige Männer mit einem beladenen Schlitten hantieren, was den jungen Mann veranlaßte, zurückzugehen, um einige nachkommende Personen zu erwarten. Als die Diebe der Verfolger ansichtig wurden, suchten sie schleunigst das Weite, und es war so leider nicht möglich, ihre Persönlichkeit festzustellen, doch wird vermutet, daß es drei Handwerksburschen, die in der Herberge übernachteten, gewesen sind. Polizeiliche Ermittlungen sind bereits im Gange.

Eibenstock, 19. Februar. Wie uns das amerikanische Konsulat Plauen bekannt gibt, bleibt am Dienstag, den 22. Februar wegen des amerikanischen Feiertages (Washington's Birthday) das Bureau in Plauen geschlossen.

Dresden, 18. Februar. Es ist beabsichtigt, mit der Volkszählung am 1. Dezember eine allgemeine deutsche Wohnungszählung zu verbinden.

Leipzig, 17. Februar. Am Nachmittag stattete der König der 2. höheren Schule für Mädchen nebst Lehrerinnenseminar einen Besuch ab. Beim Eintritt in das Haus wurde der König mit einem Hoch aus dem Munde von hunderten junger Mädchen begrüßt. In der Aula fand zu Ehren des königlichen Besuches ein Aktus statt, bestehend in einem Chorgesang und zwei Deklamationen. Der König verabschiedete sich sodann von den Schulleitern und den Schülerinnen in huldvoller Weise. Gegen 1/4 Uhr traf der König zwecks Besichtigung im neuen Gebäude der Leipziger Lebensversicherungsgesellschaft ein. Hier unternahm der König einen Rundgang durch die Bibliothek, Archiv, Treppen usw., um dann, nachdem er wiederholt seinen Dank und seine Freude über das Gebotene ausgesprochen hatte, die Fahrt nach dem königlichen Palais anzutreten. Den Schluß der feierlichen Veranstaltungen bildete der Besuch des Gewandhauskonzertes. In dem neuen Konzerthaus an der Veitshofenstraße hatte sich eine illustre Gesellschaft in großer Toilette versammelt. Beim Eintritt des Königs wurde er von der Festgemeinde mit einem dreifachen Hoch begrüßt. Das von Prof. Dr. Arthur Nikisch geleitete Konzert bot einen erlesenen Genuß. Vom Gewandhause fuhr der König nach dem Bahnhof, um nach Dresden zurückzufahren.

Leipzig, 18. Februar. Die „Leipz. N.“ melden: Heute nachmittags wurden in der Pleiße in der Nähe der Raschwiger Brücke die Leichen eines jungen Mannes und eines jungen Mädchens zusammengebunden aufgefunden. Es handelt sich um den in den zwanziger Jahren stehenden Barbier Kurt Veier und um das Dienstmädchen Elisabeth Woy. Krankheit des Mädchens soll die Veranlassung zu dem unglücklichen Ende des Liebespaars gegeben haben.

Leipzig, 18. Februar. Der Kriminalpolizei gelang es, eine aus 6 Köpfen bestehende Einbrecherbande zu ermitteln und dingfest zu machen.

Annaberg, 17. Februar. Auf freien Fuß gesetzt wurde der in Orger festgenommene und nach hier übergeführte Arbeiter. Er war bekanntlich zu der Nordbaffäre verurteilt worden.

Wolkenstein, 18. Februar. Im nahen Streckwalde sollte morgen die Hochzeit eines Annaberger Bahnarbeiters mit einem hiesigen Mädchen stattfinden. Leider wird der Bräutigam seit einigen Tagen vermisst. Er hat sich mit der Angabe entzogen, sich nach Wolkenstein begeben zu wollen, ist dort aber nicht eingetroffen.

Grünhain, 17. Februar. Der als vermisst gemeldete Schulführer Stenmler ist heute von Eibenstock aus der hiesigen Bezirksanstalt wieder eingeführt worden. Stenmler war am Sonnabend von Grünhain aus nach Zschönitz und von dort nach Löbnitz gegangen. Die Nacht zum Sonntag will er in einer Scheune zugebracht haben. Am Sonntag hat er sich nach Aue begeben, und am Abend ist er dann von einem dortigen Schutzmann zur Wache gebracht worden, von dort aber wieder entwischt. Er ist dann in der Nacht durch den Wald nach Bockau gegangen und schließlich bis Eibenstock, unt. Bahnhof, gekommen, wo ein Eisenbahnbeamter auf ihn aufmerksam wurde und die Eibenstocker Polizei benachrichtigte. Die nötige Nahrung hat er sich erbetelt. Gesundheitlich hat der Knabe keinen Schaden genommen.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 18. Februar.

Der Reichstag lehnte am Freitag den Toleranz-Antrag des Zentrums nebst einem Zusatzantrag der Sozialdemokraten ab, nahm die Erklärung entgegen, daß der Reichstanzler die sozialdemokratische Interpretation wegen der Wahlrechtsrede am Sonnabend beantworten werde und eröffnete die allgemeine Aussprache über den Etat des Reichsamts des Innern. Abg. Mayer-Kaufmann (Ztr.) wies auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands hin. Einer Berücksichtigung und Regelung bedürfte das Kartellwesen. Staatssekretär Delbrück wies auf den Zug des Sozialismus und der Konzentration hin, der seit 25 Jahren durch das Reich gegangen sei. Am verderblichsten sei die Entwicklung für den selbständigen Mittelstand gewesen. Es müsse immer darauf hingearbeitet werden, die Kunst, die das deutsche Volk in zwei Teile zerrissen habe, nicht zu vertiefen, sondern zu überbrücken. Ein leistungsfähiger, selbständiger Mittelstand müsse erhalten bleiben. Er werde bestrebt sein, die Wege seines Vorgängers weiter zu gehen. Abgeordn. Pauli-Potsdam erklärte seine Abneigung gegen den Hansabund. Er fordere, daß die Industrie zu den Kosten der Handwerker-Ausbildung beizutragen habe. Abg. Fischer (soz.) entwarf skurrile Heiterkeit, als er verkündete, die Sozialdemokratie wolle die Verhältnisse auf Erden so gestalten, daß die Arbeiter es im Himmel nicht besser haben könnten. Abg. Vinz (Rp.) forderte ebenfalls Schutz für das Handwerk. Sonnabend 11 Uhr: Interpellation wegen der Wahlrechtsrede des Reichstanzlers und Etat des Reichsamts des Innern. Schluß 1/7 Uhr.

Sächsischer Landtag.

H. Dresden, 17. Februar. Erste Kammer. Präsident Dr. Graf Bismarck von Eckstädt eröffnet die Sitzung, zu der auch Prinz Johann Georg erschienen ist, um 12 Uhr. Nach Vortrag der Regierungsbewilligt die Kammer nach der Regierungsvorlage vom ordentlichen Etat die Kap. 58, Landesgrenze, mit 18 500 Mark (Referent Kammerherr Dr. Sahrer von Sahr-Dahlen), 69, Statistisches Landesamt (derselbe Referent) mit 15 510 Mark Einnahme und 281 576 Mark Ausgabe, 17, Landeslotterie (Referent Geh. Kommerzienrat Baentig-Bittau) mit 50 204 000 Mark Einnahme und 45 540 361 Mark Ausgabe, ebenso Titel 14 des außerordentlichen Etats, 1 300 000 Mk. (Schulrate) für Umbau des Bahnhofes Bittau (Referent Dr. von Wächter). Den Rest der Tagesordnung bildeten Petitionen, die in Uebereinstimmung mit Beschlüssen der Zweiten Kammer erledigt wurden. Nächste Sitzung am 18. Februar: Staatsachen.

Zweite Kammer. Auf der Tagesordnung stehen die drei Anträge auf Reform bezw. Aufhebung der Ersten Kammer, die auf Vorschlag des Direktoriums gemeinsam behandelt werden. Abg. Günther begründet zunächst den freisinnigen Antrag, der lautet: Die Kammer wolle beschließen, die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, der jetzigen Ständeversammlung baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit welchem eine Reform der Ersten Ständekammer entweder im Sinne des Verfassungsgesetzes vom 15. November 1848 oder in der Richtung hin, daß allen größeren Berufsgruppen in angemessener Zahl Sitz und Stimme in der Ersten Kammer eingeräumt wird, vorgeschlagen und noch im Laufe der gegenwärtigen Session zum Abschluß gebracht werde. Redner fährt u. a. aus, seit dem Jahre 1831 sei die Frage, ob für unser Land das Ein- oder Zweikammersystem am zweckmäßigsten sei, nicht zur Ruhe gekommen. Wir sind von Anfang der Meinung gewesen, daß das Einkammersystem das richtige ist. Der sozialdemokratische Antrag bewegt sich auch in dieser Richtung und wir werden für ihn stimmen. Zum mindesten aber fordere seine Partei, daß die Regierung sich auf den Boden des Verfassungsgesetzes vom 15. November 1848 stelle. Sollte dies abgelehnt werden, so müsse er darauf bestehen, daß allen größeren Berufsgruppen in angemessener Zahl Sitz und Stimme in der Ersten Kammer eingeräumt würden. Hierauf begründete der Abg. Hettner folgenden nationalliberalen Antrag: „Die Kammer wolle beschließen, die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, der Ständeversammlung noch in der gegenwärtigen Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der a) in der Zusammenfassung der Ersten Kammer den seit dem Erlasse der Verfassungsurkunde eingetretenen wesentlichen Verschiebungen in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen des Landes Rechnung trägt, indem er vor allen Industrie, Handel und Gewerbe ein verfassungsmäßiges Recht auf eine ihrer gegenwärtigen Bedeutung entsprechende Vertretung in der Ersten Kammer einräumt und ihr je einen Vertreter der Rechtsprechung, der Heilkunde, des Unterrichtswesens und der technischen Wissenschaft als für die Durchführung der staatlichen Aufgaben besonders wichtiger Gebiete zuführt, für alle diese der Ersten Kammer neu einzuführenden Mitglieder eine Wahl vorsieht, und zugleich bei der Vertretung des Grundbesitzes die Zahl der Wahlberechtigten und Wählbaren durch Berücksichtigung des städtischen und des kleineren ländlichen Grundbesitzes erweitert, b) demgemäß das für die Wahlen zur Ersten Kammer geltende Gesetz, die Wahlen für den Landtag betreffend, vom 3. Dezember 1868 ergänzt und abändert, es auch gleichzeitig in seinen Bestimmungen dem Wahlgesetz für die Zweite Kammer der Ständeversammlung vom 5. Mai 1909 anpaßt.“ Abg. Hettner fährt aus, dem freisinnigen Antrage könnten seine Freunde nicht zustimmen, weil der erste Teil nicht logisch sei und der zweite Teil einen Bruch der Verfassung bedeute. Die Nationalliberalen wollten im Gegensatz zu den Freisinnigen, daß die Erste Kammer keine Berufsorganisation sein solle. Sie wünschen bei aller Anerkennung der Bedeutung der Landwirtschaft eine stärkere Vertretung von Industrie, Handel und Gewerbe, sowie eine größere Berücksichtigung des mittleren Bauernstandes. Hierauf begründet Abg. Riem folgenden sozialdemokratischen Antrag: „Die Kammer wolle beschließen, die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, der Ständeversammlung noch in dieser Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die Erste Kammer aufgehoben wird.“ Redner verlangt, daß die Erste Kammer, dieses Ueberbleibsel einer längst verschwundenen feudalen Zeit, ganz von der Bildfläche verschwindet. Hierauf nahm Staatsminister Graf Bismarck von Eckstädt das Wort und erklärte, die Regierung hätte im Jahre 1905 den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, das die Reform der Ersten Kammer bezweckt hätte. Mit diesem Entwurfe, in dem sie sechs neue Mitglieder aus Handel, Industrie und Gewerbe vorgeschlagen hatte, hätte die Regierung das Aeußerste bezeichnet, was an Reform der Ersten Kammer zulässig wäre. Da dieser Gesetzentwurf von der Zweiten Kammer 1905 abgelehnt worden wäre, wäre das Gesetz gescheitert. Ueber das Maß dieses Entwurfs könnte die Regierung nicht hinausgehen. Sie müßte deshalb die vorliegenden Anträge ablehnen, zumal die Anträge außerordentlich unbestimmt gefaßt wären. Die Regierung müßte zudem abwarten, welche Stellung die Erste Kammer einnehmen würde. Abg. Opiß (konf.) ist mit seinen Freunden der Meinung, daß der glänzend entwickelten Industrie alle Rechte gewährt werden müssen, auf die sie nach ihrer Bedeutung Anspruch hat, seine Freunde gingen aber bezüglich des Weges, auf dem dieses Ziel zu erreichen sei, mit den Nationalliberalen auseinander. Seine Freunde würden aber der Verweisung der vorliegenden Anträge an die Gesetzgebungsdeputation zustimmen und sie dort einer wohlwollenden Erwägung unterziehen. Abgeordnete

ter B
Ausf
die Er
ein Ze
Spi e
punkt
mung,
werde,
zu br
noch
(konf.),
die An
Antrag
putatio
tion de
Dienst
wird
trage
hebung
die Ver
tag bet
Freu
bandes
als du
Novem
und di
gehilfe
Feier t
zu lass
Kammer
Maure
Entsch
lassen
tag, vo

Angeh
Uiben
Kind an
dem Ri
Tod in

der v
glückl
selchen
die Hod
see, die
Danzig,
der Ab
Das G
Unter
dant ab

starker
und me
die Nat
leise gef

Nac

N

weil
wort
hebe
ahn

Deu
von nac
star

Froh

wozu er

stark
Freu